

regierung auf Verbot jeglicher Kriegspropaganda, so wie er in dem Memorandum an die UN enthalten ist.

Während die sowjetischen Abrüstungsvorschläge in Westdeutschland wachsenden Widerhall hervorrufen, werden von den westdeutschen Militaristen und den amerikanischen Besatzern in großer Hast neue militärische Tatsachen geschaffen, die zu dem Gerede westdeutscher Politiker über Abrüstung und Entspannung im absoluten Gegensatz stehen und den von der Sowjetunion vorgeschlagenen Abrüstungs- und Entspannungsmaßnahmen vollkommen widersprechen. Das kann man nur als einen Versuch bewerten, den Weg des Wettrüstens, der Verschärfung der internationalen Spannungen und der Vorbereitung eines Atomkrieges weiterzugehen und die sowjetischen Friedensvorschläge zu durchkreuzen. Die Geschehnisse der letzten Wochen sprechen dafür eine berede Sprache. Theodor Blank wurde offiziell zum westdeutschen Kriegsminister ernannt. Die reaktionäre Mehrheit des Bundestages peitschte die Kriegsdienstgesetze durch. Der CSU-Minister Strauß verwies mit Nachdruck darauf, daß die Bonner Regierung nunmehr darangehe, alle Vorkehrungen zu treffen, um sich „auf den Ernstfall“ in einem Atomkrieg vorzubereiten.

Davon zeugt auch anschaulich das Militärhilfsabkommen zwischen Westdeutschland und den USA, das am 30. Juni 1955 in Bonn von Conant und Brentano unterzeichnet wurde. Nach diesem Abkommen erhält Westdeutschland schwere Waffen und andere militärische Ausrüstungsgegenstände im Werte von etwa 472 Milliarden DM von den USA. Voller Stolz verkündet die westdeutsche Monopolpresse, daß diese Waffen bereits in amerikanischen Lagern, die sich in Westdeutschland befinden, bereitgehalten werden. Durch dieses Abkommen wird Westdeutschland abermals verpflichtet, alle Kräfte der Wirtschaft in den Dienst der amerikanischen Aufrüstungspolitik zu stellen und die amerikanische „Politik der Stärke“ überall nachhaltig zu unterstützen. Nach diesem Abkommen werden gleichfalls den amerikanischen Monopolisten umfangreiche Rechte eingeräumt, die ihnen die Lenkung und Kontrolle der gesamten westdeutschen Rüstungswirtschaft ermöglichen sollen.

Die Wiederherstellung der Nazi-Wehrmacht unter Führung der Hitlerschen Kriegsverbrechergeneräle — ausgerüstet mit amerikanischen Mordwaffen und der faschistischen Volk-ohne-Raum-Ideologie — beschwört neue große Gefahren über Europa herauf. Darum verstärkt sich tagtäglich der Kampf gegen Krieg und Militarismus. Die Völker Europas einschließlich des deutschen Volkes wollen Frieden und Sicherheit, nicht aber Krieg und Unsicherheit. Den Weg zu Frieden und Sicherheit weisen die Vorschläge der Sowjetunion in dem Memorandum an die UN. Die darin enthaltenen Vorschläge über den Abschluß einer internationalen Konvention zur Einschränkung der Rüstungen und zum Verbot der Atomwaffe und der anderen Massenvernichtungswaffen werden deshalb von allen friedliebenden Völkern unterstützt. Die Annahme und Durchführung dieser Vorschläge würde die Gefahr des Krieges bannen und auch unserem Volk den Frieden sichern. Das deutsche Volk braucht keine neue Hitlerwehrmacht, sondern internationale Abrüstung und Verbot der Massenvernichtungswaffen, weil die dadurch mögliche Entspannung der internationalen Lage die friedliche Lösung seiner nationalen Lebensfragen erleichtert.

Von besonderer Bedeutung für das deutsche Volk sind auch die in dem sowjetischen Memorandum enthaltenen Vorschläge über den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland und die Liquidierung aller ausländischen Militärstütz-